

Liebe Mitglieder der Grünliberalen Zollikofen
Liebe Interessierte

Im letzten Newsletter vom Juni haben wir über die Jahresrechnung 2016 berichtet. An der GGR-Sitzung vergangene Woche waren wieder die Finanzen das Thema: Das Budget 2017 wurde verabschiedet. Wir berichten in diesem Newsletter über die Hintergründe und zu weiteren wichtigen Beschlüssen der vergangenen Parlamentssitzungen.

Personelles: Wahl von Armin Thommen in die Sicherheitskommission

Roger Brönnimann, bisheriger Co-Präsident der Grünliberalen Zollikofen und Mitglied der Sicherheitskommission, wird leider in eine andere Gemeinde umziehen und daher per Ende Oktober seine Ämter niederlegen. Wir danken ihm an dieser Stelle herzlich für seinen bisherigen Einsatz und sein Mitpolitisieren und wünschen ihm alles Gute!

Armin Thommen, Finanzvorsteher der Grünliberalen Zollikofen, wird Roger in der Sicherheitskommission ablösen. Wir danken ihm für seine Bereitschaft und gratulieren ihm herzlich zur Wahl durch den GGR.

Für den Vorstand: Andreas Buser, Präsident Grünliberale Zollikofen

Budget 2018

Wir begrüßen die Senkung der Wasser- und Abwassergebühren aufs Jahr 2018. Es ist an der Zeit, die Reserven, die man in der Vergangenheit aufgebaut hat, wieder etwas zu reduzieren.

Die grosse Frage bleibt allerdings einmal mehr, wie man mit dem strukturellen Defizit der Gemeinde umgehen soll. Dieses scheint immer grösser zu werden – für 2018 wird es auf 1.5 Mio. Franken geschätzt. Aufgrund der ausserordentlichen Erträge infolge des Verkaufs des Betagtenheims (13.8 Mio. Fr.) wird dennoch ein deutlicher Überschuss erwartet. Aber die neueste nach unten korrigierte Prognose für die Rechnung 2017 lässt vermuten, dass die nähere Zukunft nicht mehr so rosig sein wird.

Seit einigen Jahren wird immer wieder gesagt, dass die Gemeinde bald an ihre finanziellen Grenzen stösst. Die Steuererträge in Zollikofen brechen weg. Es ist daher jetzt an der Zeit, eine Strategie zu entwickeln, wie die Gemeinde Zollikofen ihre Finanzbasis nachhaltig stärken kann. Als erstes braucht es eine Analyse der Gründe, wieso sich die Steuereinnahmen entgegen einem positiven kantonalen Trend so schlecht entwickeln. Mit einer Motion zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (wir berichten weiter unten darüber) haben wir einen ersten Vorschlag eingebracht, wie man Zollikofen auch für den Mittelstand und gutverdienende Familien attraktiver machen und so Steuereinnahmen steigern kann.

Da die Eigenkapitalbasis der Gemeinde derzeit noch ausreichend ist, ist es aus unserer Sicht folgerichtig, den Steuerfuss unverändert zu lassen. Sofern es Gemeinderat und Gemeindeparlament verpassen, ein Sparpaket zu schnüren, wird eine Steuererhöhung mittelfristig aber möglicherweise unvermeidbar sein.

Aufgrund des unveränderten Steuerfusses und den genannten Gebührensenkungen empfehlen die Grünliberalen, dem Budget 2018 zuzustimmen.

Mario Morger

Parlament für restriktive Regulierungsmassnahme: Formularpflicht für Vermieter

Eine Motion der SP verlangt, dass die Gemeinde beim Kanton vorstellig wird, damit Zollikofen die Formularpflicht für Vermieter einführen kann. Kurz gesagt geht es darum, dass Vermieter den neuen Mietern bekanntgeben müssen, wie hoch die Miete ihres/ihrer Vormieter/in war. Leider fand die Motion durch die Stimmen von SP, GFL und EVP eine Mehrheit im Parlament. Zollikofen wird nun möglicherweise als erste und bisher einzige Berner Gemeinde die Formularpflicht einführen.

Aus liberaler Überzeugung heraus habe ich die Motion abgelehnt. Aber nicht nur deshalb. Ich bin auch überzeugt, dass eine Formularpflicht längerfristig kontraproduktiv ist und das Wohnungsangebot verknappen kann.

Fragen wir uns erst einmal, was die Formularpflicht im positiven Fall für die Mieter bringt. Transparenz? Kaum; heute wird ein neues Zuhause per Mausklick gesucht. Da die Immobilienportale Informationen zu Mietpreisen von vergleichbaren Objekten im gleichen Quartier und oft auch diejenigen der Vormieter bereitstellen, hat man gleich die volle Transparenz. Gibt die Formularpflicht einen anderen Vorteil? Vielleicht für den einzelnen Neumieter, wenn er die Anfangsmiete anfechten will. Zumindest im Kanton Zürich hat gemäss SRF die Einführung der Formularpflicht zu deutlich mehr Anfechtungen bei den Anfangsmieten geführt.

Wenn aber Vermieter vermehrt damit rechnen müssen, dass der Mietzins angefochten wird, könnten Wohnbauinvestoren, allen voran die Pensionskassen, einen Bogen um den Wohnungsmarkt Zollikofen machen. Das Ziel das alle wollen – attraktiven Wohnraum zu günstigen Preisen – wird daher meiner Meinung nach mit dieser Massnahme nicht erreicht.

Mario Morger

Gescheiterte Rentenreform

Seit über 20 Jahren schafft keine Rentenreform die Hürde der Volksbefragung. Sei es als Paket oder Einzelgeschäft, immer findet eine Mehrheit der Bevölkerung einen Grund, die Reformen zu versenken. So auch diesen Herbst, als die einen sich am 70-Franken-AHV-Zustupf störten und andere die Erhöhung des Rentenalters für Frauen als Grund sahen, die Reform abzulehnen.

Nun gilt es, die Scherben zusammenzukehren und möglichst schnell eine neue Lösung vorzubereiten. Die drohende finanzielle Schiefelage des Sozialwerkes durch demographische Veränderungen ist wohl das einzig, worin sich alle einige sind, von links bis rechts. Doch an welchen Schrauben muss man drehen, um alle Generationen zu einem Ja an der Urne zu überzeugen? Mein Wunsch wäre ein dynamisches Modell, welches sich den Veränderungen der Bevölkerung laufend anpasst. Das würde der stetig steigenden Lebenserwartung – bei der Einführung der AHV 1948 lag sie für Männer bei 66 Jahren, heute liegt sie bei über 80 Jahren – Rechnung tragen.

Aus meiner Sicht müssen sich nun ALLE Anspruchsgruppen an einen Tisch setzen und eine Lösung ausarbeiten. Dies bedingt Zugeständnisse von allen; gelingt es aber, einen fairen Kompromiss auszuhandeln, sollte auch die Akzeptanz im Volk steigen.

Und selbst wenn es endlich einmal zur Anpassung der bestehenden Altersvorsorge kommen wird, darf sich die Gesellschaft damit noch nicht zufriedengeben. Die Diskussionen müssen zwingend weitergeführt werden, um die Altersvorsorge weiterhin an die demographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Interessant dabei werden auch Ideen aus „Think Tanks“ wie dem GLP-Lab sein, welche neue Modelle zur Finanzierung oder flexiblem Rentenalter auf das Tapet bringen könnten.

Nur so kann die herausragende Errungenschaft AHV auch für die kommenden Generationen gesichert werden. Und nur so können wir uns alle nach wie vor auf den (wohlverdienten) Ruhestand freuen.

Armin Thommen

Aus der August-Sitzung: Neue Kehrmaschine, Sanierung Kreuzung Eichenweg-Länggasse

Zollikofen braucht eine neue Kehrmaschine für 170'000 Franken. Das sahen leider alle Parteien so – ausser wir. Bei einer Auslastung von rund 1.5 Arbeitstagen pro Woche hätte man sich ein neues Fahrzeug gut mit einer Nachbargemeinde teilen können. Während der Partnersuche (Bremgarten zeigt Interesse) hätte man die alte Kehrmaschine kostengünstig weiter betreiben können. Die Ersparnis hätte gegenüber einem Kauf trotz gestiegenem Unterhaltsbedarf rund 15'000 Franken pro Jahr betragen. Bei einem anderen Investitionsentscheid konnten wir hingegen einen Erfolg verbuchen: Auf einen teuren Kreisel an der Kreuzung Eichenweg-Länggasse wird verzichtet. Die Mehrheit des Parlaments sah es als erwiesen an, dass ein solcher Kreisel weder Verkehrsfluss noch Verkehrssicherheit erhöhen würde. Eine Mehrheit der SVP wollte eine Verbreiterung der dortigen RBS-Unterführung prüfen lassen – ein Millionenprojekt. Wir konnten diesen Auftrag an die Gemeindeverwaltung mit einem sogenannten Wiedererwägungsantrag verhindern und sind nun froh, dass die Kreuzung *einfach nur* saniert wird.

Erledigte Vorstösse

Interpellation Andreas Buser und Mitunterzeichner „Nachforderung von zu geringen Vergütungen für Aufwendungen der Gemeinde Zollikofen im Kindes- und Erwachsenenschutz durch den Kanton Bern“

Die Gemeinde Köniz hatte durch den zuständigen Gemeinderat Thomas Brönnimann (glp) Beschwerde gegen die zu geringe kantonale Vergütung der Kosten im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes erhoben und vom Verwaltungsgericht Recht bekommen. Namentlich waren vom Kanton nur die Personal- statt die Vollkosten für die Aufwendungen der Gemeinde abgegolten worden.

In seiner Antwort auf unsere Motion schreibt der Gemeinderat, dass die Zusatzpauschale für das Jahr 2016 gut 42'000.- beträgt. Da für die Jahre 2013, 2014 und 2015 rückwirkend keine Entschädigung geltend gemacht werden kann, dürfte Zollikofen dadurch, dass die Verfügungen nicht angefochten worden waren, ein Betrag von rund 120'000.- entgangen sein. Der Gemeinderat von Köniz – genauso wie derjenige von Biel – reichten auch gegen die Verfügungen für die Jahre 2016 und 2017 Beschwerde beim Verwaltungsgericht ein, mit dem Argument, dass die Abgeltungen deutlich zu tief seien und bei weitem nicht die effektiven Kosten für die Infrastruktur decken würden. Laut unserem Gemeinderat hatte Zollikofen Ähnliches nicht vor. Man kann sich fragen, ob bei diesem Entscheid die Tatsache, dass der jeweils zuständige Gemeinderat von Zollikofen sowie der Berner Regierungsrat in derselben Partei sind, eine Rolle spielte.

Andreas Buser

Neu eingereichte Motion

Motion Mario Morger und Mitunterzeichnende „Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Betreuungsgutscheine ab 2019 auch für Zollikofen“.

Der Kanton Bern hat entschieden, das aktuelle System der indirekten Finanzierung bei den Kindertagesstätten (KITA) und den Tagesfamilienorganisationen durch die direkte Förderung (einkommensabhängige Betreuungsgutscheine an die Eltern) abzulösen. Unsere Motion verlangt, dass (1) Betreuungsgutscheine auf den frühestmöglichen Zeitpunkt (per 1. Januar 2019) auch in Zollikofen eingeführt werden und (2) auf eine Kontingentierung verzichtet wird. Betreuungsgutscheine bringen für Eltern eine grosse Flexibilität und Entlastung, denn sie können selber entscheiden, in welcher KITA und in welcher Gemeinde sie den Gutschein einlösen. Es gibt in einem solchen System der Direktförderung auch keine subventionierten Plätze mit langen Wartezeiten mehr. Betreuungsgutscheine verbessern damit massgeblich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erhöhen die Standortattraktivität von Zollikofen. Betreuungsgutscheine wirken sich damit nicht zuletzt positiv

auf die Steuereinnahmen der Gemeinde aus (die Gemeinde trägt nur 20% der Kosten), wenn darauf geachtet wird, dass die Gutscheine an Kriterien der Erwerbstätigkeit bzw. Aus- oder Weiterbildung gekoppelt sind. Betreuungsgutscheine schaffen schliesslich gleich lange Spiesse für private und öffentliche KITAs, stärken damit den Wettbewerb und erhöhen die Vielfalt an verschiedenen Betreuungs- und Pädagogikkonzepten. Insgesamt dürfte die Wahlfreiheit auch positive Auswirkungen auf die Betreuungsqualität haben, die es in einem solchen System zu stärken gilt.

Newsletter-Abo

Hilf mit, die Positionen der Grünliberalen zu verbreiten und leite diesen Newsletter an potenziell Interessierte weiter. Das Abo kann entweder via zollikofen@grunliberale.ch bestellt werden (leeres Mail mit „Newsletter“ im Betreff). Nach Wunsch versenden wir den Newsletter auch per Post.

Mit herzlichen Grüssen

Dein glp-Team

Grünliberale Partei
Zollikofen

zollikofen@grunliberale.ch
www.grunliberale.ch

